

Die schwarze Null steht

Mehrheit der Abgeordneten verabschiedet im Kreistag Haushalt für 2015

VON STEFAN WEWETZER

KREIS KASSEL. Ein vorweihnachtliches Präsent machte sich die Mehrheit des Kreistages gestern in Baunatal: Zum ersten Mal seit 2009 stand nach der Verabschiedung des Zahlenwerkes unter dem Strich wieder eine schwarze Null, was vorerst einen ausgeglichenen Etat bedeutet. Abgesegnet wurde er mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP, Freien Wählern, Piraten und Tierschutzpartei. CDU und

Linke votierten mit Nein.

Möglich geworden war die schwarze Null des rund 280 Millionen schweren Haushalts durch die Annahme eines gemeinsamen Antrags von Freien Wählern und FDP, alle Etatposten - mit wenigen Ausnahmen - um 1,5 Prozent zu kürzen. Damit konnte das Restdefizit von zwei Mio. Euro noch eliminiert werden. Das war, wie Landrat Uwe Schmidt (SPD) bei der Einbringung gesagt hatte, auch durch die Unterbringung neuer Asylbewer-

ber entstanden. Statt auf 1,7 belaufte sich die Finanzierungslücke im kommenden Jahr auf 3,6 Millionen Euro.

Bis dahin erschöpfte sich die Diskussion weitgehend in Ritualen: Die CDU forderte die Senkung der Personalkosten - um zehn Prozent, gestreckt auf fünf Jahre (bei 943 Stellen gibt der Landkreis 2015 für Personalkosten 57,6 Millionen Euro aus); Freie Wähler und SPD klagten über die CDU-geführte Regierung in Wiesbaden, die die Kommunen und

die Landkreise weiter belastet und die kommunale Selbstverwaltung demontiere. Und die Linke führte das Defizit des Flughafens Kassel-Calden ins Feld, um die Zustimmung zum Etat zu verweigern.

Dass der ausgeglichene Haushalt erst einmal eine Momentaufnahme bleibt, darauf wiesen die Grünen mit Recht hin, indem sie den demografischen Wandel samt Bevölkerungsschwund - minus 11,2 Prozent bis 2030 - ins Feld führten.

Das sagen die Freien Wähler

Freude habe bei ihr zuerst vorgeherrschert beim Blick auf einige Zahlen des Etats, sagte Dr. Bärbel Masowsky. Bei kalkulierten Mehreinnahmen von zwölf Mio. Euro im Vergleich zu 2014 und 29 Mio. Euro im Vergleich zu 2013



Dr. Bärbel Masowsky

habe man gedacht, dass die Mehrausgaben für die Unterbringung der Asylsuchenden „zu schultern wären“. Dabei sei das Geld für die Flüchtlinge kein rausgeschmissenes Geld. Diese Summe sei bei einer Steigerung der Personalkosten von 1,6 Mio. Euro nicht der Hauptgrund für die finanziellen Schwierigkeiten. Deshalb stellten die Freien Wähler den Antrag, alle Etatposten - mit wenigen Ausnahmen - um 1,5 Prozent zu kürzen. Dabei eingebaut sei ein „Puffer“ von 250 000 Euro für außerplanmäßige Mehrausgaben. Die Mehrheit stimmte zu. (swe)

Das sagt die Linke

Dass beim Haushalt ein Defizit nur mit Mühe habe verhindert werden können, hänge nur zum Teil mit den vielen Asylbewerbern zusammen. Für die Linke sei Flüchtlingsschutz wichtiger als eine schwarze Null im Haushalt. Ein Grund sei, dass „die politischen Fehler der letzten Jahre vor Ort nicht abgestellt werden“, hieß es in einer Stellungnahme der Linken. Die Zuschüsse für den Flughafen Kassel-Calden stiegen 2015 auf 1,34 Millionen Euro. Daher sollte der Kreis sich von seinen Anteilen trennen. Weitere Punkte sind für die Linke die Ausweitung der Schulsozialarbeit, die Erhöhung der Ausgaben für den Denkmalschutz und keine Preiserhöhungen beim NVV: Die Schmerzgrenze sei erreicht. Wegen der Flughafenproblematik stimmte die Linke dem Etat nicht zu. (swe)



Dr. Christian Knoche

Auf die Komplexität des Themas Haushalt verwies für die Grünen Dr. Thomas Gudehus. Allein der Ausdruck der Zahlen samt Anträgen und Begründungen habe 2100 Seiten ausgemacht. Welche Ebene für was zuständig sei, könne dem Bürger nicht mehr vermittelt werden. Gudehus begrüßte zwar den im letzten Augenblick

Das sagt die CDU

„Die Schutzschirmvereinbarung wurde nicht eingehalten, das ist Fakt“, kritisiert der Chef der CDU-Fraktionschef Frank Williges. Schuld an dem im Vorfeld der Verabschiedung angefallenen zusätzlichen Kosten sei nicht allein die gestiegene Summe für die Unterbringung von Flüchtlingen. Der Grund für die Lage der Kreisfinanzen sei vielmehr die Weigerung der Sozialdemokraten, „strukturelle Einsparungen umzusetzen“.

Die CDU forderte daher - vergeblich - die Reduzierung der ungedeckten Personalkosten um zehn Prozent, die pauschale Kürzung der Sachkosten um drei Prozent, die Umsetzung des von der CDU entwickelten Konzepts eines nordhessischen Regionalverbandes, die Einführung eines kostensenkenden Immobilienmanagements und die Halbierung der Kosten für die Pressearbeit des Kreises. (swe)



Frank Williges

ausgeglichenen Haushalt für 2015, blickte aber sorgenvoll in die Zukunft. Allein der demografische Wandel - 11,2 Prozent weniger Einwohner des Kreises bis 2030 - werde die Finanzen belasten: „Das Gesamtdefizit muss von immer weniger Bürgern bezahlt werden.“ Verstörend sei auch die Verknüpfung der Unterbringungskosten der Asylbewerber mit dem steigenden Defizit. Für die Zukunft forderte er daher „weitere Sparanstrengungen des Landkreises. (swe)

Das sagen die Grünen

ausgeglichenen Haushalt für 2015, blickte aber sorgenvoll in die Zukunft. Allein der demografische Wandel - 11,2 Prozent weniger Einwohner des Kreises bis 2030 - werde die Finanzen belasten: „Das Gesamtdefizit muss von immer weniger Bürgern bezahlt werden.“ Verstörend sei auch die Verknüpfung der Unterbringungskosten der Asylbewerber mit dem steigenden Defizit. Für die Zukunft forderte er daher „weitere Sparanstrengungen des Landkreises. (swe)



Dr. Thomas Gudehus

Das sagt die FDP

Angesichts der „guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen“ - Stichwort Steuereinnahmen, muteten Björn Säger die Sparanstrengungen des Kreises etwas „zaghaft“ an. „Wir hätten uns dabei mehr Ehrgeiz gewünscht.“ Entscheidend sei für die Freidemokraten immer der „Wille zum Haushaltsausgleich“.

Deshalb unterstützte die FDP den Antrag der Freien Wähler, die Haushaltsposten um generell 1,5 Prozent zu kürzen, um den Etat auszugleichen. Die Frage stelle sich jetzt, wie man über das Jahr 2015 komme, ohne zusätzliche Schulden machen zu müssen, denn der Regierungspräsident fordere sowieso den Ausgleich. Würde das Land die dem Kreis entstehenden Kosten für übertragene Aufgaben vollständig erstatten, wäre der Kreis sogar in der Lage, Rücklagen für schlechte Zeiten zu bilden. (swe)



Björn Säger

Das sagt die SPD

Die „konsequente Konsolidierungspolitik“ hob SPD-Fraktionschef Dieter Lengemann in einer Stellungnahme im Vorfeld der Haushaltsberatungen hervor. Auch wenn das Defizit nicht hätte ausgeglichen werden können, wäre der Haushalt genehmigungsfähig gewesen.

Denn da sich ein möglicher Fehlbetrag durch die nicht ausreichende Landesfinanzierung im Bereich Asyl ergeben hätte, hätte keine Abweichung vom Konsolidierungspfad vorgelegen. Eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen im Landkreis sei der SPD-Fraktion sehr wichtig. Es sei aber überfällig, dass das Land Hessen hier endlich auch seiner finanziellen Verantwortung nachkomme. Mit Augenmaß und Durchsetzungsvermögen habe Landrat Uwe Schmidt trotz der schwierigen Rahmenbedingungen für einen genehmigungsfähigen Etat 2015 gesorgt.

Edgar Paul, Abgeordneter aus Nieste, geißelte in seinem Redebeitrag ebenfalls die zusätzlichen Belastungen besonders der Kommunen durch die Landesregierung, die die kommunale Selbstverwaltung immer stärker infrage stelle. Mit seinem Haushalt sei zumindest der Landkreis Kassel „auf dem richtigen Weg“.

Susanne Selbert schließlich wies die Behauptung der CDU-Fraktion entschieden zurück, allein die Asylsuchenden seien an den zusätzlichen finanziellen Belastungen schuld: „Das Land schuldet dem Kreis seit 2009 elf Millionen Euro.“ (swe)



Dieter Lengemann